



Stellungnahme zu dem Film „Wenn Rechtsextremisten freie Schulen unterwandern“

Hamburg, 28.01.2021 NA/HKU: Der Film von Caterina Woj und Andrea Röpke, der anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27.01.2021 vom WDR ausgestrahlt wurde, widmet sich der Feststellung, dass es mehrere Fälle an freien Schulen gab, die von rechtsextremen Lehrer:innen oder Eltern unterwandert wurden.

Die in dem Film gezeigten Beispiele werden weitgehend richtig dargestellt. Dennoch enthält der Film einige Passagen, die aufgrund ihrer Einseitigkeit einer Ergänzung oder Richtigstellung bedürfen:

- Der Bund der Freien Waldorfschulen (BdFWS) distanziert sich ausdrücklich von jeder Form des Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus. Die entsprechende „Stuttgarter Erklärung“ ist bei einer wachsenden Zahl von Schulen Bestandteil des Schulvertrages und kann bei Zuwiderhandlung zum Ausschluss aus dem Trägerverein, zu Hausverboten oder als letztes Mittel zur Auflösung des Schulvertrages herangezogen werden. (<https://www.waldorfschule.de/ueber-uns/printmedien/broschueren/erklarungen/stuttgarter-erklaerung>)
- Bereits im Januar 2015 veröffentlichte der BdFWS proaktiv eine Broschüre zu den „Reichsbürgern“, um vor eventuellen Unterwanderungsversuchen zu warnen.
- Rechtsextremismus, Verschwörungsmymen und ein wieder ansteigender Rassismus sind gesellschaftliche Entwicklungen, die zu großer Sorge Anlass geben. Freie Schulen sind dafür aber nicht anfälliger als staatliche Schulen. Die in dem Film gezeigten Erfahrungen sind Einzelfälle, haben aber im BdFWS dazu geführt, dass ein „Arbeitskreis für eine offene Gesellschaft“ gebildet wurde, der die Schulen im Umgang mit diesen Entwicklungen sensibilisiert und unterstützt. (<https://www.waldorfschule.de/ueber-uns/schulen-gegen-politischen-extremismus>)

Zu Minden:

- Der BdFWS hat in Minden nicht erst interveniert, als ihm aufgrund des öffentlichen Drucks durch die Eltern nichts anderes mehr übrigblieb. Vielmehr kündigte er der Schule seinerzeit ultimativ den Ausschluss aus dem Verband an, wenn der betreffende Lehrer nicht zeitnah entlassen würde.
- Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen NRW hat in enger Abstimmung mit dem BdFWS die Mitgliedschaft der Schule im Landesverband ausgesetzt, die Trennung von dem Lehrer forciert und die Aufarbeitung und Neuaufstellung der schulischen Entscheidungsabläufe



sowie der Schulführung begleitet und abschnittsweise moderiert. Das Ziel war, transparente und demokratische Strukturen zu schaffen.

Zur Schule am Elsengrund:

- Diese Schule war nie Mitglied im BdFWS. Als sie 2013 Kinder eines Holocaustleugners aufnahm und sich im Zusammenhang damit aufgeworfener Fragen nicht kooperativ zeigte und den Verdacht einer Nähe zu rechtsextremem Gedankengut der Schulleitung nicht ausräumen konnte, wurde ihr der Gaststatus seitens der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Berlin-Brandenburg gekündigt, die Nutzung der Marke Waldorf vom Bund der Freien Waldorfschulen untersagt und die Senatsverwaltung darüber informiert. Der BdFWS hatte zu keiner Zeit Zugriffsmöglichkeiten oder eine wie auch immer geartete Zuständigkeit für diese Schule.

Vergleiche auch: <https://www.erziehungskunst.de/artikel/zeichen-der-zeit/wir-meinen-es-ernst/>

Nele Auschra, Henning Kullak-Ublick

Kontakt: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bund der Freien Waldorfschulen e.V.
pr@waldorfschule.de

Bund der Freien Waldorfschulen e.V.

Die derzeit 252 deutschen Waldorfschulen haben sich zum Bund der Freien Waldorfschulen e.V. (BdFWS) mit Sitz in Stuttgart zusammengeschlossen, wo 1919 die erste Waldorfschule eröffnet wurde. In Deutschland besuchen 90.000 Schüler:innen eine Waldorfschule. Die föderative Vereinigung lässt die Autonomie der einzelnen Waldorfschule unangetastet, nimmt aber gemeinsame Aufgaben und Interessen wahr.